

Stefan Koriath

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

6., überarbeitete Auflage

Studienreihe Rechtswissenschaften

Stefan Koriath

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

6., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich
Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan
Korioth

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

von

Professor Dr. Stefan Koriath
München

und

Juniorprofessor Dr. Michael W. Müller, M.A., LL.M.
(Cambridge)
Mannheim

6., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

6. Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-041817-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-041818-9

epub: ISBN 978-3-17-041819-6

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch vermittelt Studierenden aller Ausbildungsstufen einen kompakten Überblick über das Staatsorganisationsrecht. Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand des Jahres 2022. Sie geht ausführlich auf die Herausforderungen des Verfassungsrechts in der Corona-Pandemie ein, berücksichtigt neuere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere zum Klimaschutz, zu den Gesetzgebungskompetenzen sowie zu den parlamentarischen Informationsrechten, und begleitet die vielfältigen Entwicklungen im Wahlrecht. Am Ende des Buches findet sich ein umfangreiches Wiederholungskapitel, das mit Übersichten und Schemata sowie einer Zusammenstellung möglicher Prüfungsgegenstände aus dem Staatsorganisationsrecht der Vorbereitung auf die Zwischenprüfung sowie die Erste Juristische Staatsprüfung dienen soll.

Professor Dr. Stefan Koriath ist seit 2000 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Professor Dr. Michael W. Müller ist seit 2022 Inhaber der Juniorprofessur für Öffentliches Recht mit einem Schwerpunkt auf Rechtsfragen der Digitalisierung an der Universität Mannheim.

Vorwort

Es wäre eine Untertreibung zu sagen, dass es seit dem Erscheinen der Voraufgabe eine Reihe staatsorganisationsrechtlicher Weiterentwicklungen gegeben hätte. Die Corona-Pandemie hat nicht nur den Grundrechtsschutz vor neue Herausforderungen gestellt (dazu etwa BVerfG, Beschluss vom 19. November 2021 – 1 BvR 781/21 u. a. – „Bundesnotbremse I“ und 1 BvR 971/21, 1069/21 – Schulschließungen als Mittel des Infektionsschutzes – „Bundesnotbremse II“). Auch Grundfragen der Staatsorganisation sind angesprochen, so im Bereich des Gesetzesvorbehalts und überhaupt des Verhältnisses von Legislative und Exekutive in Krisensituationen. Weitere Bewegung ist in das Bund-Länder-Verhältnis gekommen. Wie schon in den Jahren seit 2006 in der föderalen Finanzordnung zu beobachten, zeigt jetzt auch die Corona-Krise eine deutliche Gewichtsverschiebung zugunsten des Bundes und die Etablierung neuer informeller entscheidungsvorbereitender Gremien, wie den Runden zwischen Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten und Kanzlerin/Kanzler. Hinzu kommen eher formale Probleme wie die Digitalisierung parlamentarischer Sitzungen.

Abgesehen davon gibt es eine Reihe neuerer Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die Anlass gegeben haben, die entsprechenden Abschnitte des Lehrbuchs zu überarbeiten und teilweise neu zu fassen. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz (BVerfG, Beschluss vom 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18 u. a., BVerfGE 157, 30), gibt der intertemporalen Freiheitssicherung, aber auch der Staatszielbestimmung des Art. 20a GG neue Dimensionen. Fortentwickelt wurden

die rechtsstaatlichen Anforderungen an rückwirkende Gesetze und gesetzgeberische Verweisungen. Die Entscheidung zum Berliner Mietendeckel (BVerfG, Beschluss vom 25.3.2021 – 2 BvF 1/20 u. a., BVerfGE 157, 223) enthält fast lehrbuchartige Darstellungen zur Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern. Fast zum Dauerbrenner entwickeln sich parlamentarische Informationsrechte gegenüber der Regierung. Vielfältige neue Entwicklungen gibt es im Wahlrecht. Schließlich zeigen neue Entscheidungen zur hier in Grundzügen behandelten supra- und internationalen Einbindung (PSPP mit Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Europäischem Gerichtshof und Bundesverfassungsgericht, Informationspflichten der Bundesregierung im Zusammenhang von Integrationsschritten) dass sich Verfassungsrecht keineswegs mehr allein im nationalen Zusammenhang bewegt.

Mit dieser Auflage kommt Prof. Dr. Michael Müller, der bereits seit der zweiten Auflage durchgängig die Hauptlasten der Neubearbeitungen getragen hat, zur Freude des anderen Autors als Mitautor hinzu. Das sichert dem Buch die nötige Kontinuität.

Unser Dank geht an Frau Aenne Wulferding, die bei der Aktualisierung des Buchs umsichtig und kenntnisreich mitgeholfen hat, sowie an Frau Joyce Marmonti, Frau Gabriele Steiger, Herrn Markus Kern, Herrn Michael Rapp, Frau Lisa-Marie Schmidt, Herrn Leopold Heckel, Frau Ricarda Schwarzbart, Frau Talitha du Toit und Herrn Julian Uhlenbusch (München) sowie Frau Tanja Seidl, Herrn Max Hopp, Herrn Tom Ruppenthal und Frau Rosa Kuntz (Mannheim) für ihre vielfältige Unterstützung.

Oldendorf/München/Mannheim, im Mai 2022
Stefan Koriath/Michael Müller

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Kommentare zum Grundgesetz

Teil I: Grundlagen

A. Staatsrecht als Rechtsgebiet

§ 1 Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland

§ 2 Staat und Staatsrecht

§ 3 Verfassung und Verfassungsrecht

§ 4 Staatsrecht und Verfassungsrecht

B. Deutsche Verfassungsgeschichte im Überblick

§ 5 Die Zeit vor 1848

§ 6 Die sog. Paulskirchenverfassung von 1848/1849

§ 7 Der Norddeutsche Bund

§ 8 Das Deutsche Reich und die Reichsverfassung von 1871

§ 9 Die Weimarer Reichsverfassung

§ 10 Die Zeit des Nationalsozialismus

§ 11 Besatzungszeit und Grundgesetz

C. Das Grundgesetz und seine Geltung

§ 12 Überblick: Aufbau und Inhalt des Grundgesetzes

§ 13 Der zeitliche Geltungsbereich

I. Der Ewigkeitsanspruch von Verfassungen 20

II. Die Unterscheidung von Verfassunggebung und Verfassungsänderung 21

III. Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes in Art. 79 Abs. 3 GG 22

1. Funktion der Ewigkeitsgarantie 22

2. Inhalt der Ewigkeitsgarantie 23

IV. Die besondere Funktion von Art. 146 GG 24

§ 14 Der funktionale Geltungsbereich

I. Staatsgewalt 25

- II. Staatsgebiet 26
 - 1. Umfang des Staatsgebiets 26
 - 2. Gebietshoheit 26
 - 3. Staatsgebiet des Grundgesetzes 27
- III. Staatsvolk 27
 - 1. Grundprinzipien der Erlangung der Staatsangehörigkeit 28
 - a) Originärer Erwerb 28
 - b) Derivativer Erwerb 28
 - 2. Der Begriff des Staatsvolks im Grundgesetz 29
 - 3. Staatsangehörigkeit und die Geltung des Grundgesetzes 30
- IV. Zusammenfassung: Die Geltung des Grundgesetzes 30

Teil II: Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen

§ 15 Strukturprinzipien als verfassungsrechtliche Grundentscheidungen

§ 16 Demokratie

- I. Demokratietheoretische Überlegungen 33
 - 1. Demokratie als Element der antiken Staatsformenlehre 33
 - 2. Staatstheoretische Rechtfertigung der Demokratie als Staatsform 34
 - 3. Notwendige Eigenschaften der demokratischen Staatsform 35
 - a) Gleiche staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte 35
 - b) Demokratisch legitimiertes Repräsentativsystem 36
 - c) Transparenz der staatlichen Entscheidungsverfahren 37
 - d) Mehrheitsprinzip 37
 - e) Demokratischer Minderheitenschutz und rechtsstaatliche Anforderungen 38
- II. Einzelne Demokratietypen der Gegenwart 39

1. Direkte und indirekte Demokratie 39
2. Präsidiale und parlamentarische Demokratie 40
3. Exekutive und legislative Demokratie 40
4. Sog. „Räte-“ und „Volksdemokratien“ 41
- III. Die Elemente der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes 41
 1. Demokratisch legitimiertes Repräsentativsystem 41
 - a) Repräsentative Demokratie 42
 - b) Zulässigkeit von Abstimmungen 42
 - c) Demokratische Legitimation 43
 2. Herrschaft auf Zeit 44
 3. Parlamentarismus, parlamentarische Demokratie und parlamentarisches Regierungssystem 44
 4. Parteiendemokratie 45
 5. Mehrheitskontrolle im Rechtsstaat 46
 6. Anwendungsbereich des Demokratieprinzips 46

§ 17 Republik

- I. Der Begriff der Republik 47
- II. Die Entscheidung des Grundgesetzes für die Republik 48

§ 18 Rechtsstaat

- I. Formeller Rechtsstaat 49
- II. Materieller Rechtsstaat 50
- III. Synthese von formellem und materiellem Rechtsstaat im Grundgesetz 51
- IV. Normative Ausgestaltung des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz 51
- V. Gewaltenteilung 52
 1. Der Begriff der Gewaltenteilung 52
 2. Gewaltenteilung als rechtsstaatliches Prinzip 53
 3. Gewaltenteilung im Grundgesetz 54
 - a) Horizontale Gewaltenteilung 55
 - b) Vertikale Gewaltenteilung 57
- VI. Die Bindung staatlicher Gewalt 57

1. Bindung an Menschenwürde und Grundrechte (Art. 1 Abs. 1 u. 3 GG) 58
 2. Bindung an die Verfassung 58
 3. Gesetzesbindung 59
 - a) Gesetzesbindung der Verwaltung 59
 - b) Gesetzesbindung von Rechtsprechung und Gesetzgeber 64
 4. Rechtsbindung 65
 5. Rechtsschutzanspruch als Effektuierung staatlicher Bindung; Staatshaftungsrecht 66
- VII. Rechtsstaatliche Prinzipien 66
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip 66
 2. Rückwirkung 68
 - a) Strafrechtliches Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG) 69
 - b) Echte Rückwirkung („Rückbewirkung von Rechtsfolgen“, retroaktiv) 69
 - c) Unechte Rückwirkung („Tatbestandliche Rückanknüpfung“, retrospektiv) 70
 3. Vertrauensschutz 71
 4. Bestimmtheitsgebot 71
 - a) Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensnormen 71
 - b) Verweisungen 72
 - c) Verordnungsermächtigung 72
 - d) Satzungsermächtigung 73
 5. Rechtsstaatliche Anforderungen an das Strafrecht 74
- § 19 Der Bundesstaat
- I. Begriff und Abgrenzung 76
 1. Bundesstaat und Einheitsstaat 77
 2. Bundesstaat und Staatenbund 77
 - a) Souveränität 77
 - b) Völkerrechtssubjektivität 78
 - c) Selbstbestimmungsrecht der Partialvölker 78

- 3. Bundesstaat und supranationaler Staatenverbund 79
 - II. Der Bundesstaat des Grundgesetzes 80
 - 1. Der zweigliedrige Bundesstaat und sein Schutz durch Art. 79 Abs. 3 GG 81
 - 2. Homogenität von Bund und Ländern 83
 - a) Aufteilung der Kompetenzen (Art. 30 GG) 83
 - b) Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG) 84
 - c) Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 GG) 85
 - 3. Bundestreue und Bundeszwang 85
 - a) Das Prinzip des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundestreue) 85
 - b) Bundeszwang (Art. 37 GG) 86
 - 4. Kooperativer Föderalismus 87
 - 5. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern 87
 - a) Gesetzgebungskompetenzen 88
 - b) Verwaltungskompetenzen 96
 - c) Rechtsprechungskompetenzen 102
 - d) Finanzkompetenzen 103
 - 6. Die Funktion der kommunalen Gebietskörperschaften 106
 - III. Der Bundesstaat des Grundgesetzes in der Europäischen Union 108
- § 20 Sozialstaat
 - I. Inhalt des Sozialstaatsprinzips als Strukturprinzip 112
 - II. Sozialstaatliche Leistungsansprüche 113
 - III. Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums 114
 - IV. Auslegungsprinzip 115
- § 21 Staatszielbestimmungen
 - I. Allgemein 116
 - II. Natürliche Lebensgrundlagen (Art. 20a GG) 117
 - III. Tierschutz (Art. 20a GG) 119

- IV. Europäische Integration (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) 119
- V. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht (Art. 109 Abs. 2 GG) 121
- VI. Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) 121
- VII. Gleichstellung behinderter Menschen (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) 122

Teil III: Die Staatsorgane

§ 22 Der Begriff des Staatsorgans

§ 23 Der Bundestag

- I. Organteile 126
 - 1. Präsident 126
 - 2. Präsidium 128
 - 3. Ältestenrat 128
 - 4. Ausschüsse 129
 - 5. Abgeordnete 131
 - a) Beginn und Ende des Abgeordnetenamtes 132
 - b) Abgeordnete als Vertreter des gesamten Volkes, Grundsatz des freien Mandats 133
 - c) Rechte der Abgeordneten 136
 - d) Anforderungen an die Abgeordneten 139
 - 6. Fraktionen 140
 - a) Fraktionen als Organteile des Bundestags 142
 - b) Privilegien der Fraktionen, fraktionslose Abgeordnete 143
 - c) Fraktionen im Rechtsverhältnis zu den Abgeordneten 144
 - d) Fraktionen als rechtsfähige Vereinigungen im allgemeinen Rechtsverkehr 145
 - 7. Gruppen 145
 - 8. Parlamentarische Opposition 146
- II. Die Wahl zum Deutschen Bundestag 147

1. Wahlen im repräsentativen parlamentarischen System 147
2. Wahlrechtsgrundsätze 149
 - a) Die Allgemeinheit der Wahl 149
 - b) Die Unmittelbarkeit der Wahl 154
 - c) Die Freiheit der Wahl 156
 - d) Die Geheimheit der Wahl 158
 - e) Die Gleichheit der Wahl 158
 - f) Die Öffentlichkeit der Wahl 160
3. Das System der personalisierten Verhältniswahl, § 1 Abs. 1 Satz 2 BWahlG 160
 - a) Mehrheitswahl (Personenwahl) 161
 - b) Verhältniswahl (Listenwahl) 161
 - c) Modifikationen und Kombinationssysteme 162
 - d) Das Wahlsystem nach dem BWahlG 163
4. Wahlperiode, Grundsatz der Diskontinuität 174
5. Rechtsschutz im Wahlrecht 175
- III. Zuständigkeiten des Bundestags 180
 1. Einleitung 180
 2. Wahlfunktion (Kreationsfunktion) 180
 - a) Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG) 181
 - b) Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG) 181
 - c) Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 Abs. 1 Satz 2 GG) 181
 - d) Sonstige Wahlfunktionen des Bundestags 182
 3. Gesetzgebungsfunktion 182
 4. Mitwirkungs- und Zustimmungsfunktion 183
 - a) Mitwirkung bei völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG) 183
 - b) Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union; Integrationsverantwortung des Bundestags 184

- c) Feststellung des Haushaltsplanes durch Haushaltsgesetz (Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG) 186
 - d) Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG) 186
 - e) Zustimmung zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr 186
 - 5. Selbstorganisation (Parlamentsautonomie) 188
 - a) Rechte des Bundestagspräsidenten 188
 - b) Wahl der Leitungsorgane 189
 - c) Geschäftsordnungsautonomie 189
 - 6. Kontrollfunktion 191
 - a) Zitierrecht (Art. 43 Abs. 1 GG) 193
 - b) Frage-, Auskunfts- und Informationsrechte 193
 - c) Untersuchungsrecht 197
 - 7. Öffentlichkeitsfunktion 202
 - 8. Beschlussorgan 203
 - 9. Anklageorgan 203
- IV. Verfahren 203
- § 24 Der Bundesrat
 - I. Organe 209
 - 1. Präsident und Präsidium 210
 - 2. Mitglieder 210
 - 3. Ausschüsse 212
 - 4. Europakammer 212
 - 5. Plenum 212
 - II. Stimmverteilung 213
 - III. Zuständigkeit 213
 - IV. Verfahren 215
- § 25 Der Gemeinsame Ausschuss
- § 26 Der Bundespräsident
 - I. Stellung von Organ und Amtsinhaber 218
 - 1. Staatsoberhaupt 218
 - 2. Amtsvoraussetzungen 219
 - 3. Persönlicher Status 220
 - 4. Amtszeit 221

- 5. Amtseid 222
- 6. Vertretung 222
- II. Zuständigkeiten 222
 - 1. Integrationsfunktion 223
 - 2. Repräsentationsfunktion 224
 - 3. Reservefunktion 224
 - 4. Staatsnotarielle Funktionen und Prüfungsrecht 226
 - a) Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Bundesregierung und bestimmter Beamter 226
 - b) Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren 226
 - 5. Sonstige Funktionen 230
- III. Gegenzeichnungspflicht 230
- § 27 Die Bundesversammlung
 - I. Zusammensetzung 232
 - II. Wahl des Bundespräsidenten 232
- § 28 Die Bundesregierung
 - I. Organe (Mitglieder) 234
 - 1. Bundeskanzler 235
 - 2. Bundesminister 236
 - 3. Bundeskabinett 236
 - 4. Staatssekretäre 237
 - II. Amtszeit 237
 - 1. Bundeskanzler 237
 - a) Beginn der Amtszeit 238
 - b) Ende der Amtszeit 239
 - 2. Bundesminister 243
 - III. Organisation 243
 - 1. Kanzlerprinzip 243
 - 2. Ressortprinzip 245
 - 3. Kollegialprinzip 245
 - 4. Selbstorganisation 246
 - 5. Koalitionsvereinbarung 247
 - 6. Verwaltungsunterbau 247
 - IV. Zuständigkeiten 247

1. Regierungsfunktion 247
 2. Verwaltungsfunktion 251
 3. Rechtsetzungsfunktion 251
- § 29 Das Bundesverfassungsgericht
- I. Aufbau und Status 252
 - II. Zuständigkeiten 253
 - III. Prozessuale Grundsätze 254
 1. Antragsprinzip 254
 2. Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags 254
 3. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 255
 - IV. Verhältnis zu überstaatlicher Gerichtsbarkeit 256
 1. Das Verhältnis zum EuGH 256
 2. Das Verhältnis zum IGH 259
 3. Das Verhältnis zum EGMR 259
- § 30 Die Parteien als Organe des Verfassungslebens
- I. Funktion und verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien 261
 1. Organisation und Vermittlung der politischen Willensbildung des Volkes 261
 2. Funktionsgerechter Verfassungsstatus 262
 - a) Rechtliche Trennung von Staatsinstitutionen und Parteien 262
 - b) Verfassungsprozessualer Sonderstatus 264
 - II. Stellung und Aufbau der politischen Parteien 265
 1. Begriff der politischen Partei 265
 - a) Vereinigung von Bürgern 265
 - b) Ziel der politischen Einflussnahme 266
 - c) Ernsthaftigkeit der Zielsetzung 266
 - d) Inhalt der Zielsetzung 268
 2. Politische Betätigung 268
 3. Parteiverbot und Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung 270
 4. Innere Ordnung und Aufbau 274
 - a) Rechtliche Vorgaben 274

- b) Demokratische Grundsätze 274
- c) Föderativer Aufbau 274
- d) Satzung und Programm 274
- e) Parteiorgane 274
- f) Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen 275
- 5. Parteifinanzen 275
 - a) Finanzierung der politischen Parteien 275
 - b) Transparenz 276

Teil IV: Die Staatsfunktionen

§ 31 Die Gesetzgebung

- I. Der Begriff des Gesetzes 280
 - 1. Der materielle Gesetzesbegriff 280
 - 2. Der formelle Gesetzesbegriff 280
 - 3. Der Gesetzesbegriff im Grundgesetz 281
 - 4. Normenhierarchie 281
- II. Das Gesetzgebungsverfahren für einfache Bundesgesetze 282
 - 1. Die Gesetzesinitiative (Art. 76 GG) 283
 - a) Gesetzesinitiative der Bundesregierung 284
 - b) Gesetzesinitiative des Bundesrates 285
 - c) Gesetzesinitiative des Bundestages 286
 - 2. Das Verfahren im Bundestag (Art. 77 Abs. 1 GG) 287
 - 3. Die Mitwirkung des Bundesrates (Art. 77, 78 GG) 289
 - a) Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen 290
 - b) Das Vermittlungsverfahren und der Vermittlungsausschuss 292
 - c) Beteiligung des Bundesrates bei Zustimmungsgesetzen 295
 - d) Beteiligung des Bundesrates bei Einspruchsgesetzen 295
 - e) Umdeutung einer verweigerten Zustimmung in einen Einspruch 297

- 4. Die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten (Art. 82 Abs. 1 GG) 297
- 5. Die Verkündung im Gesetzblatt (Art. 82 Abs. 1 GG) 298
- 6. Das Inkrafttreten des Gesetzes (Art. 82 Abs. 2 GG) 299
- III. Das Gesetzgebungsverfahren für verfassungsändernde Gesetze 299
- IV. Das Verfahren beim Erlass von Rechtsverordnungen 300
 - 1. Rechtsverordnungen als Gesetzgebung durch die Exekutive 300
 - 2. Funktion 300
 - 3. Voraussetzungen und Rechtsfolgen 301
 - a) Ermächtigungsadressaten 301
 - b) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie 301
 - c) Anforderungen an die Rechtsverordnung 303
 - d) Fehlerfolge 304
- § 32 Die vollziehende Gewalt
 - I. Trennung von Regierung und Verwaltung 306
 - 1. Regierung 306
 - 2. Verwaltung 307
 - 3. Trennung von Regierung und Verwaltung 308
 - II. Die Ausgestaltung der Bundeseigenverwaltung 308
 - 1. Zuweisung der Organisationsgewalt 309
 - 2. Aufbau der Bundesverwaltung 310
 - III. Die Bundeswehr 310
- § 33 Die Rechtsprechung
 - I. Definition und Abgrenzung 313
 - II. Aufgabe der Rechtsprechung 314
 - III. Organkompetenz der Gerichtsbarkeit 314
 - IV. Gerichtsbarkeit 315
 - 1. Verfassungsgerichtsbarkeit 315

- 2. Fachgerichtsbarkeit 316
- V. Rechtlicher Status des Richters 316
- § 34 Auswärtige Gewalt
 - I. Art. 32 Abs. 1 GG als allgemeine Regelung der Verbandskompetenz 318
 - II. Abschluss und Transformation völkerrechtlicher Verträge 319
 - 1. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge 319
 - 2. Transformation des völkerrechtlichen Vertrages 320
 - III. Die Beteiligung an internationalen Einrichtungen 321
 - IV. Die Mitwirkung an der Europäischen Integration 323
 - 1. Der Prozess der Europäischen Integration 323
 - 2. Kompetenzen und institutioneller Aufbau der Europäischen Union 324
 - 3. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung an der Europäischen Integration 325
 - V. Zusammenfassung 330

Teil V: Übersichten - Schemata - Definitionen

A. Übersichten

Übersicht 1: Der Staatsbegriff (Drei-Elemente-Lehre) (vgl. dazu oben Rn. 4 ff.)

Übersicht 2: Strukturprinzipien und Staatszielbestimmungen (Rn. 88 ff.)

Übersicht 3: Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland

Übersicht 4: Zuständigkeiten des Bundestags (Rn. 547 ff.)

Übersicht 5: Die Wahl des Bundeskanzlers (Rn. 551)

Übersicht 5a: Das Mehrheitsprinzip im GG (Rn. 612)

Übersicht 6: Normenhierarchie

Übersicht 7: Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat (Rn. 271 ff.)

Übersicht 8: Gesetzgebungsverfahren (Rn. 861 ff.)

Übersicht 9: Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz (Rn. 169 ff.)

Übersicht 10: Verwaltungsfunktionen

Übersicht 11: Vollzug von Gesetzen

Übersicht 12: Justiz/Gerichtsbarkeit (Rn. 955 ff.)

B. Schemata

Schema 1: Verfassungskonformität eines formellen Bundesgesetzes

Schema 2: Verfassungskonformität einer Rechtsverordnung des Bundes

Schema 3: Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Überblick)

Schema 4: Organstreitverfahren

Schema 5: Abstrakte Normenkontrolle

Schema 6: Bund-Länder-Streit

Schema 7: Verfassungsbeschwerde

Schema 8: Konkrete Normenkontrolle

C. Problemkreise

I. Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag

1. Die sog. „verkappte Regierungsvorlage“ (s. oben Rn. 877) 356

2. Die Gesetzesvorlage durch einen einzelnen Abgeordneten (s. oben Rn. 878) 356

3. Folgen eines Verstoßes gegen Art. 76 Abs. 2 GG (s. oben Rn. 870) 357

4. Verstoß gegen Vorschriften der GOBT (Bsp.: § 78 Abs. 1 Satz 1 GOBT) (s. oben Rn. 882) 357

II. Die Beteiligung des Bundesrates am Gesetzgebungsverfahren

5. Reichweite der Zustimmungspflichtigkeit (s. oben Rn. 896 ff.) 358

6. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat (s. oben Rn. 652 f.) 358

7. „Zustimmungsverweigerung bei Einspruchsgesetz“ (s. oben Rn. 914) 359

III. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens

- 8. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten (s. oben Rn. 695 ff.) 359
- IV. Verfassungsfragen der Wahl zum Deutschen Bundestag
 - 9. Verfassungsmäßigkeit der 5 %-Sperrklausel (§ 6 Abs. 1 Satz 1 BWahlG) (s. oben Rn. 517 ff.) 360
 - 10. Verfassungsmäßigkeit der Grundmandatsklausel (§ 6 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BWahlG) (s. oben Rn. 521 ff.) 360
- V. Sonstige Problemkreise
 - 11. Die Rückwirkung von Gesetzen (s. oben Rn. 210 ff.) 360
 - 12. Verfassungsprozessuale Stellung von Parteien (s. oben Rn. 812 ff.) 361

D. Definitionen

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A

A.A.; a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abgedr.	abgedruckt
AbgG	Abgeordnetengesetz
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AL	Ad legendum (Zeitschrift)
Allg.	Allgemein(e/er/es)
Anm.	Anmerkung(en)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen

B

BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMinG	Bundesministergesetz
BPWahlG	Bundespräsidentenwahlgesetz
BRHG	Gesetz über den Bundesrechnungshof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung(en) des Bundesverfassungsgerichts

BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BWahlO	Bundeswahlordnung

D

DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
d. h.	das heißt
Dok.	Dokument(e)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)

E

EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EStG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGrZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvStL	Evangelisches Staatslexikon

F

f., ff.	folgend, folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift

G

GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GOBR	Geschäftsordnung des Bundesrats
GOBReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestags
GOVermA	Geschäftsordnung Vermittlungsausschuss

H

HStR	Handbuch des Staatsrechts
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts (Benda/Maihofer/Vogel)
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
h. M.	herrschende(r) Meinung
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber

I

i. e. S.	im engen Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
insbes.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit

J

JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JBl.	Juristische Blätter (Zeitschrift)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift)
Jura	Jura (Zeitschrift)

JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
K	
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
L	
lit.	littera (Buchstabe)
M	
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N	
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
P	
Parl.Rat	Parlamentarischer Rat
ParlStG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre
PartG	Parteiengesetz
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit

in Strafsachen
Prot. Protokoll
PUAG Parlamentarisches
Untersuchungsausschussgesetz

R

RGBl. Reichsgesetzblatt
Rn. Randnummer
RuStAG Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

S

S. Seite
s. siehe
SächsVBl. Sächsische Verwaltungsblätter
SGG Sozialgerichtsgesetz
Slg. Sammlung
sog. so genannt(e/er/es)
Sp. Spalte
StGB Strafgesetzbuch
str. streitig
STWG Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
SÜR Seerechtübereinkommen

T

ThürVBl. Thüringer Verwaltungsblätter

U

u. und
u. a. und andere, unter anderem
usw. und so weiter

V

v. von/vom